

X12

Titel SPD erneuern: Für organisatorische Neuaufstellung

AntragstellerInnen Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

SPD erneuern: Für organisatorische Neuaufstellung

- 1 Seit der Bundestagswahl diskutiert die SPD unter dem Stichwort "Erneuerung" über die inhaltliche, organisa-
2 torische und personelle Neuaufstellung der SPD.
- 3 Innerhalb und außerhalb der SPD wird jetzt zurecht erwartet, dass dieser Erneuerungsprozess nun konkret
4 ausgestaltet wird.
- 5 **Mehr Mitgliederbeteiligung**
- 6 Die Lehre aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts war, dass eine friedliche und demokratische Gesellschaft
7 nur als Sozialstaat möglich ist, der möglichst breiten Bevölkerungsschichten Teilhaberechte gewährleistet. In
8 dieser Grundidee einer sozialen Demokratie haben Parteien die Aufgabe umfangreiche Beteiligung zu orga-
9 nisieren. Politik findet also grundsätzlich nicht nur medial vermittelt statt, sondern bedarf der massenhaften
10 Mitbestimmung und Mitgestaltung wie sie in Volksparteien geleistet wird. Sie binden dabei regional spezifi-
11 sche Interessen und soziale Gruppen sowohl in ihrer Mitgliedschaft als auch in ihrer Wählerschaft. Erfüllen
12 die Parteien diesen Auftrag nicht oder unzureichend, fallen mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger aus der
13 Teilhabe an Gesellschaft heraus – das gesellschaftliche Zusammenleben wird instabil und zerfällt in Partikular-
14 interessen und befördert letztendlich demokratiefeindliche und rechtspopulistische Tendenzen. Deshalb trägt
15 gerade die SPD große Verantwortung für den Erhalt und die Wiederbelebung der Parteiendemokratie.
- 16 Die historische Aufgabe die Sozialdemokratie zu erneuern und ihre existenzielle Krise zu überwinden ist zwin-
17 gend mit einer Wieder-Öffnung zu mehr Beteiligung und Demokratie verbunden. Es müssen deshalb alle
18 Möglichkeiten in Betracht gezogen werden die breite Mitgliedschaft an relevanten Entscheidungen der Par-
19 tei partizipieren zu lassen. Zum einen muss auch die Basis bei der Besetzung von Spitzenpositionen durch
20 Urwahl beteiligt werden, um ihre Wahl auf eine breitere demokratische Basis zu stellen. Darüber hinaus muss
21 auch
- 22 die demokratische Legitimation politischer Richtungsentscheidungen erhöht werden. Eine große Chance liegt
23 hierbei in der Einbeziehung der Kreisverbände und Unterbezirke zur Initiierung von Mitgliederbegehren und
24 sich diesen anschließenden Mitgliederentscheiden.
- 25 Die Erneuerung der SPD kann nur in den Bezirken und Unterbezirken/Kreisverbänden gelingen, nicht von Ber-
26 lin aus. Dies erfordert auch eine generelle Verlagerung von personellen und finanzielle Ressourcen aus dem
27 WBH zurück in die Bezirke und Unterbezirke/Kreisverbände, um die politische Beteiligung der Basis bestmög-
28 lich zu nutzen als auch zu unterstützen. Dabei ist jedoch wichtig, dass Mitgliederentscheide transparent ge-
29 führt werden und deshalb auf einseitige Werbung im Wahlumschlag verzichtet wird. Wir fordern daher durch
30 Änderung des Organisationsstatutes folgendes:
- 31 Wahl des geschäftsführenden Parteivorstandes durch Urwahl
- 32 Erfolgreiches Mitgliederbegehren durch Unterstützung/Beantragung von 25 Kreisverbänden: Der Parteivor-
33 stand soll dabei prüfen inwieweit den Unterbezirken und den Mitgliedern ein Verfahren zur Findung eines
34 einheitlichen Abstimmungsvorschlages für vergleichbare Anliegen zur Verfügung gestellt werden kann. Denk-
35 bar ist hierfür ein Portal für die Initiierung von Mitgliederentscheiden. Der Parteivorstand unterstützt die Fin-

36 dung eines einheitlichen Abstimmungsvorschlages. Der Parteivorstand stellt die Infrastruktur für digitale, fäl-
37 schungssichere Abstimmungen zur Verfügung und koordiniert das Verfahren.

38 Zur Reduzierung der organisatorischen und finanziellen Hürden ist der Mitgliederentscheid fälschungssicher
39 zu digitalisieren. Wahlbriefe sollen nur noch auf Antrag verschickt werden. Der Mitgliederentscheid ist mit
40 einem Spendenaufruf an die Mitgliedschaft zur Unterstützung von mehr Basisdemokratie zu versehen

41 Der Parteivorstand hat auf eine Wahlempfehlung im Wahlbrief zu verzichten

42 Die Änderung des Organisationsstatutes ist für uns keine rein technische Frage, sondern notwendiger Be-
43 standteil zur Neuausrichtung der SPD. Die Kreisverbände werden aufgewertet. Dem Engagement aller Mitglie-
44 der kommt neues Gewicht zu. Die Partei wird politisiert und die Akzeptanz für Entscheidungen auf eine breite
45 Basis gestellt. Darüber hinaus gewinnt das sozialdemokratische Parteibuch an Attraktivität. Der verstärkten
46 Politisierung der Partei kann eine Repolitisierung der Gesellschaft folgen und neue Mitglieder als auch Wähler
47 gewonnen werden. Es ist an der Zeit die SPD zu erneuern. Konsequenz und demokratisch.

48 **Für eine buntere SPD**

49 Als Sozialdemokratie haben wir den Anspruch die ganze Breite der Gesellschaft in unseren Parlamenten, Par-
50 teigremien aber auch Parteitage widerzuspiegeln. Für Zustimmung in der Breite der Bevölkerung, muss die
51 SPD so bunt wie unsere Gesellschaft sein. Unser Personal ist häufig zu alt, zu männlich, zu etabliert und zu
52 sozial abgehoben. Gerade die kommunale Familie macht vielerorts vor, wie attraktive SPD-Listen aussehen
53 können. Eine SPD mit hohen Bindekräften braucht mehr Verantwortungsträger aus der Zivilgesellschaft. Frau-
54 en dürfen bei aussichtsreichen Kandidaturen nicht übergangen werden. Und Menschen mit Migrationshinter-
55 grund müssen auch jenseits der AG Migration und des Schattenintegrationsministeriums zum Zug kommen.
56 Die SPD muss sich sozial wieder nach unten öffnen und Heimat aller arbeitenden und berufstätigen Men-
57 schen (auch derer in sozial prekären Beschäftigungsverhältnissen und in Ausbildung) werden – ob mit oder
58 ohne Migrationshintergrund. Die SPD muss sensibler bei der Abbildung gesellschaftlicher Diversität werden.
59 Menschen wählen nicht nur Programme, sondern vor allem Menschen, denen sie zutrauen, die eigene Lebens-
60 realität zu kennen und zu verstehen. Der Entwicklung die SPD in eine Partei der elitären Verwaltungseliten nach
61 dem Vorbild der PS in Frankreich umzuformen, wird scheitern und bedroht die Existenz der Sozialdemokratie
62 bundesweit.

63 In unserer hessischen SPD-Landesgruppe findet sich kein*e Abgeordnete*r im Juso Alter. In den höheren Par-
64 teigremien sieht es nicht sehr viel besser aus. Wenn wir jedoch wieder die Jugend für unsere Ziele begeistern
65 möchten, müssen wir auch junge Menschen in Spitzenpositionen bringen, um der Jugend eine Stimme zu ge-
66 ben.

67 Daher fordern wir:

68 Die SPD will eine Verjüngung der Mandatsträger*innen und besetzt daher in Zukunft möglichst jeden zehnten
69 Listenplatz mit Kandidat*innen unter 35 Jahren

70 Parteitage sollen möglichst ¼ Funktionen in Parteigremien an Mitglieder vergeben, die diese in der Vorperiode
71 noch nicht ausgeübt haben. Wir brauchen eine Mischung aus Erfahrung und frischem Wind.

72 Bei der Besetzung von Vorständen/ Gremien ist die Vielfalt zu beachten!

73 In den Vorständen sind die Positionen entsprechend politisch beschlossener Aufgaben zu besetzen – z.B. für
74 Zielgruppenmaßnahmen, politischer und organisatorischer Aufgabenstellungen, die die jeweilige Parteiebene
75 in der Vorstandswahlperiode für politisch notwendig hält.

76 Qualifikation verbessern: Jüngere Kandidatinnen und Kandidaten müssen entsprechend für die sie erwarteten
77 Aufgaben qualifiziert werden. Die Parteiebenen stehen in der Pflicht entsprechende Workshops, Schulun-
78 gen und Bildungsmaßnahmen zu finanzieren.

79 **Keine Diskriminierung in der SPD**

80 Bevölkerungsgruppen, die in den Strukturen der Partei unterdurchschnittlich zur Gesamtbevölkerung reprä-
81 sentiert sind, begreifen wir und muss die SPD als Herausforderung zur Änderung der Strukturen begreifen.
82 Konkret ist die größte unterrepräsentierte Gruppe, die der Frauen. 52% der Bevölkerung sind weiblich, aber
83 nur 34% der Parteimitglieder – Tendenz nun wieder sinkend.

84 Dieser Missstand bedarf struktureller Antworten innerhalb der Parteiorganisation. Dazu gehören:

85 • Antidiskriminierungsstellen und Awareness-Teams auf allen Ebenen der SPD ab der Kreis-/UB-Ebene.

86 • Mit jeder Vorstandswahl sind auf allen Ebenen nicht nur „Neumitgliederbeauftragte“ zu bestimmen, son-
87 dern auch Verantwortliche für Vielfaltförderpläne zu wählen. Diese Pläne werden in jeder Vorstandswahlpe-
88 riode neu erarbeitet und konkret umgesetzt. Die Finanzierung erfolgt über die Bundespartei bzw. die Bezir-
89 ken.

90 **Digitalisierung der SPD**

91 Die Bundestagswahl hat gezeigt, in welchem Spannungsfeld die Digitalisierung stattfindet. Zunehmend treten
92 soziale Medien in die Funktion bisheriger klassischer Print- und TV-Medien ein. Dabei dienen aber gerade klas-
93 sische und neue soziale Medien insbesondere der Verbreitung rechter und rechtspopulistischer Hetze. Dieser
94 Propaganda kann jedoch leicht der Boden entzogen werden, wenn die SPD mehr reale Präsenz auf Augenhöhe
95 mit den Wählerinnen und Wählern z.B. an Haustüren und in direkten Gesprächen zeigt. Gleichzeitig wird der
96 Alltag der Menschen zunehmend durch Google, Facebook, Youtube, Instagram und co. mitgeprägt. Um nicht
97 den Anschluss zu verlieren und auf der Höhe der Zeit zu sein, müssen auch wir digitalen Mittel und Medien nut-
98 zen und die politischen Rahmensetzungen für eine digitalen Gesellschaft mitgestalten. Es reicht jedoch nicht,
99 die SPD nur online weiterzuentwickeln. Die Verknüpfung von analogen und digitalen Debatten ist ebenfalls
100 elementar. Nach niederländischem Vorbild sollen auch Diskussionen vor Ort digitalisiert und organisiert wer-
101 den. Dafür müssen wir eine ähnliche Plattform wie „Primoforum“ entwickeln. Die Plattform ermöglicht jede*m
102 vor Ort zu Wort zu kommen zu lassen und nicht nur die Ergebnisse festzuhalten, sondern auch die Diskussion
103 und Argumente, die zu diesem Ergebnis geführt haben.

104 Ein Fazit aus der letzten Bundestagswahl ist, dass wir im digitalen Wettbewerb der sozialen Medien, insbe-
105 sondere den kleineren Parteien gegenüber deutlich unterlegen waren. Das muss sich ändern! Nicht nur im
106 Willy-Brandt-Haus, sondern auch für die gesamte Partei brauchen wir eine umfängliche Analyse über den Ist-
107 Zustand sowie Strategien für eine starke SPD in der virtuellen Welt. Deshalb fordern wir:

108 Umfangreiche Schulungsprogramme für unsere Mitglieder, aber insbesondere auch das Personal vor
109 Ort

110 Einrichtung von youtube-Kanälen für die Zielgruppenarbeit der Arbeitsgemeinschaften – ausgestattet mit zu-
111 sätzlichen Ressourcen vom Parteivorstand zur professionellen Umsetzung

112 Kreativ-, Schreib-, Gestaltungs-Workshops zum Aufbau und Realisierung von sozialdemokratischer Gegenöf-
113 fentlichkeit zum konservativen Mainstream in den Medien

114 Optimierung des Mailverkehrs, Schluss mit SPAM!

115 Online Antragssystem

116 Online Meinungsumfragen zu brennenden Themen innerhalb der Mitgliedschaft

117 die Einführung digitaler, fälschungssicherer Mitgliederentscheide

118 eine Online-Bereitstellung von Musterprotokollen

119 Online Diskussionsplattformen etablieren

120 **Kampagnenfähigkeit statt Gemischtwarenladen**

121 Um wieder stärker zu werden müssen wir Erkennbarkeit schaffen und Reibungsflächen erzeugen. Es ist em-
122 pirisch unbestreitbar, dass viele die großen Parteien nicht auseinanderhalten können. Daran hat das Konrad-
123 Adenauer-Haus, das Entpolitisierung zur Strategie erklärt hat, einen gehörigen Anteil. Die SPD kann dennoch
124 nur erfolgreich sein, wenn es einen Meinungswettstreit um den besten Weg gibt. Wenn die CDU sich weg duckt,
125 muss die SPD fokussierter werden und klare Kante zeigen.

126 Deshalb fordern wir:

127 Klare Botschaften, statt wechselnde Pferde. Die SPD muss wieder Wahlkampf lernen. Das heißt, dass sie auch
128 den Mut haben muss, sich in den Hochphasen einer Wahlkampagne auf Schlüsselthemen zu konzentrieren, bei
129 denen sie ein Alleinstellungsmerkmal hat. Kernbotschaft statt Gemischtwarenladen ist die Devise. Die SPD ist

130 Volkspartei und soll es auch bleiben. Wer allerdings keine Reibungsflächen erzeugt und versucht allen zu gefal-
131 len, der begeistert am Ende niemanden. Die Frage, was politisch mehrheitsfähig ist und was nicht, entscheiden
132 keine Meinungsforscher. Die SPD kann nur gewinnen, wenn sie mutig und offensiv für ihre Überzeugungen
133 einsteht. Statt Rücksicht auf die Anschlussfähigkeit an eine vermeintliche politische Mitte braucht es scharfe
134 Kontroversen und Auseinandersetzungen.

135 Das Werben um die besten Ideen findet auch außerhalb von Wahlkämpfen statt. In Wahlkämpfen mobilisie-
136 ren Parteien ihre Anhängerinnen und Anhänger. Grundüberzeugungen entstehen allerdings nicht in den vier
137 Monaten vor dem Wahltermin, sondern in den vier Jahren danach. Heute ist oft mehr klare Politik im Wahl-
138 kampf zu finden als in der Regierungs- oder Oppositionsarbeit. Auf diese Phasen muss sich die SPD stärker
139 konzentrieren und den Richtungsstreit um die Zukunftsfragen führen. Dafür eignen sich beispielsweise re-
140 gionale Dialogformate über die komplette Dauer einer Wahlperiode. Auch innerhalb einer Legislatur sollten
141 politische Kampagnen geführt werden.

142 Der Parteivorstand muss repolitisiert werden. Wir erwarten klare Verantwortlichkeiten für politische The-
143 menfelder und Aktionen. Parteivorstandsmitglieder sollen die thematische Vorbereitung und organisatori-
144 sche Kampagnenplanung zu den zentralen Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie in direkter Verantwortung
145 übernehmen. Sie leiten und verantworten dazu auch die entsprechenden Fachabteilungen des Willy-Brandt-
146 Hause.

147 **Aufgabenteilung Partei / Regierung**

148 Die SPD muss sichtbarer werden. Das ist in der zwar Opposition sicher leichter, aber kein Selbstläufer. Die SPD
149 muss, trotz Regierungsbeteiligung, zu allen wesentlichen Fragen, wie die Modernisierung der Infrastruktur,
150 die Veränderung der Arbeitswelt, die Zukunft der Sicherungssysteme, und den Zusammenhalt in Europa linke
151 Alternativen zur Regierungspolitik anbieten. Eine faktische große Koalition wie zwischen 2009 und 2013 ist
152 keine Grundlage für den Aufbruch. Deshalb fordern wir:

153 Trennung des Amtes der/des Parteivorsitzenden von der Regierung, da der Parteivorsitz der Sozialdemokratie
154 nicht der Richtlinienkompetenz eines Kanzlers oder Kanzlerin unterworfen sein darf – schlimmsten Falls noch
155 der Richtlinienkompetenz durch einen nichtsozialdemokratischen Kanzler/Kanzlerin.

156 Mehr Mut in der Koalition. Zur Hälfte der Regierungsperiode muss überprüft werden, welche Inhalte des
157 Koalitionsvertrags umgesetzt wurden und entsprechend gehandelt werden.

158 Betonung des Grundsatzprogramms der SPD, welches Leitbild und Wegweiser für die programmatische Aus-
159 richtung der SPD bleibt. Allen Versuchen, eine schleichende Aushöhlung des Grundsatzprogramms durch egal
160 welche Parteiebene oder Fraktion zu erreichen, wird entschieden entgegengetreten. Es sind in allen Bezir-
161 ken und Unterbezirken Bildungsprogramme und Foren zu schaffen, in denen gerade den Neumitgliedern die
162 Möglichkeit gegeben wird, sich mit dem Grundsatzprogramm der SPD als Leitlinie sozialdemokratischer Politik
163 vertraut zu machen.

164 **Öffnung für Unterstützer*innen**

165 Die SPD wird nie die Partei der Großspenden werden. Das soll sie auch nicht. Umso mehr ist sie gerade in
166 Wahlkämpfen auf die finanzielle und ideelle Unterstützung der Vielen angewiesen. Es muss ihr gelingen, Unter-
167 stützer*innen stärker einzubeziehen ohne die Rechte der Mitglieder zu entwerten. Gerade in Wahlkampagnen
168 sind die

169 Mitglieder allerdings auf hohe Zustimmungswerte auch außerhalb der Partei angewiesen. Deshalb fordern
170 wir:

171 Die Öffnung des Programmprozesses und der Aufstellung der Spitzenkandidaturen auf allen Ebenen. Vor-
172 stellbar wäre beispielsweise eine Abstimmung über die Kernbausteine des Wahlprogramms und der Spitzen-
173 kandidatur innerhalb der Mitglieder und der registrierten Unterstützerinnen und Unterstützer.

174 Es muss über Formen einer „Unterstützungsmitgliedschaft“ nachgedacht werden für befreundete Organisa-
175 tionen wie Gewerkschaften, evangelische Kirche, AWO, Falken, Naturfreunde usw. usf.

176 **Für transparentere Parteitage**

177 Auf dem Weg hin zur Wiederbelebung der innerparteilichen Demokratie ist es wichtig, die wesentlichen Funk-
178 tionsmechanismen in der SPD, die zum Erliegen gekommen sind, wieder in Bewegung zu bringen. Die letzten
179 Jahre haben gezeigt, dass Ortsvereine und Kreisverbände es aufgegeben haben Anträge und Konzepte zu
180 schreiben und diese an Parteitage weiterzuleiten, unter anderem weil diese auf höheren Ebenen kaum noch
181 Wertschätzung erhalten und weder beraten noch beschlossen werden, geschweige denn sich in der Program-
182 matik oder dem Handeln der Funktionäre wiederfinden.

183 Dass es sehr wohl ein starkes Bedürfnis danach gibt, haben die über 1.600 Anträge zum Bundestagswahl-
184 programm 2017 gezeigt. Gleichwohl war die Reaktion in „Berlin“ nur die Frage „wie man sowas zukünftig ver-
185 hindern kann“. Parteivorstand und WBH stehen jedoch genau umgekehrt in der Pflicht, eine lebendige und
186 demokratische Parteitagskultur zu unterstützen. Um den gesellschaftlichen politischen Diskurs zu gestalten
187 und unsere Inhalte wieder mehrheitsfähig zu machen, müssen wir unsere Mitglieder mehr an unserer Pro-
188 grammatik und Willensbildung beteiligen, diese Beteiligung ernst nehmen und unsere Programmatik daran
189 ausrichten. Die gesamte Partei muss am Programm der SPD mitwirken und sich damit identifizieren. Die Basis,
190 die Arbeitsgruppen, die Kreisverbände und die Ortsvereine müssen wieder die

191 Produzenten unserer Inhalte sein. Sie müssen aber auch die Möglichkeit haben, dass ihre Themen auch In-
192 halt eines Parteitages werden. Zur Wertschätzung der Mitgliedschaft gehört aber auch, dass man transparent
193 aufzeigt was mit einem Antrag geschieht. Deshalb fordern wir:

194 Die Ersetzung ganzer Antragsgruppen durch Initiativanträge der jeweiligen Parteivorstände sollten die Aus-
195 nahme und nicht die Regel sein

196 Initiativanträge des Parteivorstandes sollten mit ausreichendem Vorlauf, z. B. 14 Tage, für eine angemessene
197 Vorbereitung den Delegierten zugehen

198 Die Begrenzung der Rolle der Antragskommission und die Abstimmung über jeden einzelnen aufgerufenen
199 Antrag statt über Voten der Antragskommission

200 Priorisierung der zu behandelnden Anträge durch Unterbezirke, Bezirke und Landesverbände zu Beginn eines
201 Parteitages

202 Online Antragsystem, wo online Anträge und Änderungsanträge eingereicht werden können

203 Ein Antragsampelsystem, bei dem man online einsehen kann, was mit einem Antrag bisher geschehen
204 ist

205 Transparente Redner*innenliste aus der sich erkennen lässt, welche*r Redner*in in welcher Reihenfolge dran-
206 kommt